

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

115 (29.4.1920) Erstes und Zweites Blatt

Zeitungsvorw.
In Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 4,00 M.
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 4,20 M.
Auswärts durch unsere
Agenturen bezogen 4,00 M.
monatlich, am Postamt
abgeholt monatlich 4,40 M.
vierteljährlich 13,20 M.
durch den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
4,75 M. vierteljährlich 14,25 M.
Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Nitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
Die 1. Spalte 100 Zeilen
oder deren Raum a) lokal
1,40 M. b) auswärtig 1,60 M.
Stichtagsweise 5. — 20. an
erster Stelle 5,50 M.
Nacht nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags.
Kleinere Anzeigen halbtägig
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernverbreitungsstellen:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Berlin, Poststr. 27.
Schriftleitung Nr. 20 u. 39

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Gelsinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den deutschen Teil: Karl Fohs und Hermann Weid; für Inserate: I. S. Seiner, Schriener.
Druck und Verlag: G. H. Müller'sche Verlagsbuchhandlung in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Schulz, Friedenau, Frenckstraße 55/56. Telephonamt 1114. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfähen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 115.

Donnerstag, den 29. April 1920

Erstes Blatt.

Das deutsche Beamtenum in den abgetretenen Gebieten.

Von Albert Falkenberg,
Veh. Regierungsrat und vortragendem Rat im
Reichsministerium des Innern.

Eine der schwersten Sorgen, die der deutschen Regierung durch die Auswirkung des Friedensvertrages zugefallen sind, ist der Schutz des deutschen Beamtenums in den abgetretenen Gebieten. Reichsregierung und preussische Regierung sind bisher bemüht gewesen, auf dem Vertragswege günstige Daseinsbedingungen für die deutschen Beamten der abgetretenen Gebiete zu erreichen, leider nicht immer mit dem wünschenswerten Erfolge.

Aus den mit der tischow-slowakischen Regierung gepflogenen Verhandlungen geht hervor, daß sie nicht geneigt ist, die deutschen Beamten weiterhin weder unter deutschem Disziplinarrecht zu belassen, noch sie von militärischen Ausnahmegerichten zu befreien.

Ueber die Wirkung der mit Dänemark getroffenen Abmachungen läßt sich ein abschließendes Urteil zurzeit nicht fällen. Zeitungsberichte zufolge befehlen aber schon jetzt die Dänen die höheren Beamtenstellen in den ihnen durch Abtretung zugefallenen Gebietsanteilen mit dänischen Beamten.

Und wie steht es um den Schutz der in Polen verbleibenden deutschen Beamten? Der von der deutschen Regierung mit Polen geschlossene Schutzvertrag zur vorläufigen Regelung von Beamtenfragen ist nur dann von Wert, wenn er auch von polnischer Seite eingehalten wird. Das scheint aber durchaus nicht immer der Fall zu sein. Die Polen nutzen den Vertrag für ihre Zwecke aus und gewährleisten den Beamten nicht die notwendige Sicherheit für die Zukunft. Darauf aber kommt es gerade an. Die deutschen Beamten haben begrifflicherweise nur überwiegendes Recht das Verbleiben, nach Deutschland zurückzuführen. Wenn sie auf Wunsch der Regierung, wenn auch nur vorübergehend, in Polen verbleiben, bringen sie dies Opfer im Interesse des Deutschlands, das zu erhalten das deutsche Volk wünscht. Wenn aber die Polen die Verbleibenden der Beamten das erhöhte polnische Gehalt nicht zahlen, wenn sich die Polen über die vereinbarten Vorschriften für die Teilnahme von Lebensmitteln, Brennstoffen und anderen Vermögenswerten durch Beschlagnahme hinwegsetzen, und wenn schließlich keine Sicherheit für das Fortbestehen humaner Behandlung gegeben ist, dann wird den deutschen Beamten die vorzeitige Rückkehr nach Deutschland nicht verdracht werden können. Es ist also dringend zu wünschen, daß es der deutschen Regierung trotz der ungünstigen Gesamtlage gelingen möge, die Polen zur Einhaltung der Vertragsbestimmung zu bewegen.

Eine andere Frage ist die, inwieweit die in den abgetretenen Gebieten verbleibenden Beamten von sich aus zur Erhaltung des deutschen Beitrags beitragen können, nachdem die Einhaltung der geschlossenen Verträge gewährleistet worden ist. In dem beabsichtigten Hauptvertrage, der die endgültige Regelung der Beamtenfragen für die abgetretenen Gebiete vorzieht, muß vor allem verlangt werden, daß die Beamten reichsdeutsche Zeitungen und Schriften beziehen, Versammlungen abhalten und deutschen Vereinigungen angehören und selbst solche bilden können. Zu ernähren wäre ferner, ob nicht zur Stärkung des deutschen Beitrags der Ausbau der internationalen Beamtenbewegung in Betracht zu ziehen wäre. Vielleicht könnte umgekehrt gerade der Gedanke der Internationalisierung der Beamtenbewegung aus diesem Gesichtspunkte wertvolle Antriebe erhalten.

Die Tatsache, daß die neuen Hoheitsregierungen der abgetretenen Gebiete Mitglieder der Entente sind, darf vor dem Versuch internationaler Annäherung nicht zurückzuführen. Schon die Anfangs Februar d. J. in Wien abgeschlossene Vorbesprechung für den ersten in Mailand geplanten internationalen Postbeamtenkongress hat den Beweis geliefert, daß die Beamten der feindlichen Länder nicht daran denken, sich auf Dauer gegenüber den deutschen Beamten abzusperren. Im Gegenteil ist das Bestreben, die Deutschen in die Internationale einzubeziehen, mit aller Entschiedenheit zutage getreten. An der deutschen Beamtenchaft liegt es jetzt, so bald wie möglich die Fäden weiter zu spinnen und sich nicht selber auszuliefern.

Es genügt nicht, daß die in den abgetretenen Gebieten verbleibenden deutschen Beamten ihren Verbänden im Mutterlande die Initiative überlassen, sie selber müssen — um ihrer nationalen Interessen willen — mitarbeiten an der Vervollendung des internationalen Beamtenbundes. Damit die Bahn frei wird für Bestrebungen dieser Art, ist vor allem nötig, daß sowohl die Beamten des Mutterlandes als auch die in den abgetretenen Gebieten verbleibenden Beamten sich über das Warum ihrer Bewegung vollkommene Klarheit verschaffen.

Wer seine Kraft für die internationale Beamtenbewegung einsetzt, muß wissen, daß diese Frage nichts mit parteipolitischen Gesichtspunkten zu tun hat, daß ihre Lösung vielmehr unter dem Druck vaterländischer Not in Angriff genommen werden muß. Ohne das Ausland kann Deutschland niemals wieder emporkommen. Das weiß auch die Entente sehr wohl,

und eben deswegen werden jene Ententepolitiker, die Deutschlands Wiederaufkommen aus Furcht vor der Stärkung ihrer eigenen nationalstaatlichen Interessentriebe zu hindern suchen, alle ihnen erreichbaren Mittel auch ohne Rücksicht darauf, daß durch die Niederhaltung Deutschlands die europäische Kulturwelt Gefahr läuft, aus den Gleisen jeglicher Ordnung herausgeworfen zu werden. Diefelbe Not, die Deutschland den Untergang zu bereiten droht, ist — nur dem Grade nach verschieden — auch in den übrigen Kulturländern vorhanden.

Wenn nationalität-imperialistische Machthaber und ihre Anhänger glauben, ihre Länder

vor der „Gefahr“ Deutschland auf die Dauer nur durch die Ausschaltung Deutschlands bewahren zu können, geben sie sich einer bedenklichen Täuschung hin, aus der es für ihre Völker nur ein besseres Erwachen geben kann. Daß in den aus dem Weltkrieg siegreich hervorgegangenen Völkern die nationalstaatliche Welle so langsam abfließt, ist zum größten Teil in der Psyche des „Siegers“ begründet.

Die Anfangs Februar dieses Jahres in Wien geführten Verhandlungen haben einen starken Einschlag nach der Seite der Klassenkampftheorie gezeigt. Sollte wirklich der Wiederaufbau des Deutschlands Nutzen erwachen, wenn die inter-

nationale Beamtenbewegung in diesem Sinne von Deutschland aufgenommen werden würde? Viel höher stände, meinen wir, der ernsthaft unternommene Versuch einer friedlichen Durchdringung des Internationalismus mit nationalen Werten. Die Erfüllung dieser gewiß nicht leichten Aufgabe würde wesentlich gefördert werden, wenn die auf vorgeschobenen Posten in den abgetretenen Gebieten verbleibenden deutschen Beamten ihr Deutschtum als Brücke benutzen würden, um auf internationalen Gebiete Eroberungen zu machen. Gerade die Beamten könnten in objektiver Weise deutsche Kulturträger werden, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie in dem neuen deutschen Geist, ohne den uns auch die deutsche Politik der Zukunft in Abwegigkeiten hineinführen muß, arbeiten. Ohne die im Mutterlande geforderte Erneuerung des deutschen Beamtenums ist am wenigsten auf Seiten des Internationalismus mit Dauererfolgen zu rechnen.

Den in den abgetretenen Gebieten zu bildenden deutschen Beamtenvereinen fällt neben der Vertretung berufspolitischer Interessen eine hohe politische Mission zu, die nicht im Sinne einer politischen Partei zu erfüllen ist. Es müssen Männer zu Führern gewählt werden, die politischen Instinkt besitzen. Es kann sich nicht darum handeln, etwa durch Geltendmachung deutscher Beamtenpolitik wirken zu wollen, sondern sich unter Wahrung deutscher Eigenart durchzusetzen. Das wird, besonders kurze Zeit nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, nicht leicht sein. Der Erfolg wird wachsen im selben Verhältnis, in dem die deutsche Regierung an Macht zur Durchführung der zur Wahrung der Beamteninteressen geschlossenen Verträge gewinnt. Da nicht anzunehmen ist, daß die künftige deutsche Regierung den Beiräten der Beamten, ihre Bewegung zu internationalisieren, Widerstand entgegenzusetzen wird, liegt die Entscheidung allein bei den Beamten, nicht zuletzt bei denen der abgetretenen Gebiete. Sie stehen vor einer politischen Kraftprobe ersten Ranges. An den Organisationen des Mutterlandes ist es, die Idee zum Siege zu führen.

Italiens späte Reue.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns
abgedruckt:

Verlauf und Ergebnis der Konferenz in St. Remo haben in der italienischen öffentlichen Meinung das bereits vorhandene Unbehagen über die Alliertentpolitik noch verschärft. Ritti hat zwar sein Land sehr wirkungsvoll und sympathisch vertreten, aber schließlich doch beträchtlich vor Millerand zurückweichen müssen, weil auch Lloyd George sich zum Teil von diesem hatte umstimmen lassen. Gerade aber diese Umstimmung, die im Zusammenhang mit der englischen Lösung des türkeischen Problems erfolgte, veranlaßt die italienische Presse zu sehr bitteren Bemerkungen über das Ende der meisten italienischen Zukunftshoffnungen im Orient und besonders im östlichen Mittelmeer. Nicht nur, daß England künftig außer in Ägypten und Cypern auch an den Meerengen unumschränkter Herrscher sein wird, ist für die Italiener schmerzhaft, nicht nur die ebenso unermesslich schwebende englische Vorherrschaft in Mesopotamien, Arabien und Kleinasien, sondern vor allem auch die Rolle, die das neue Großgriechenland des Herrn Venizelos unter britischer Protektion künftig als begünstigter Rivale der Italiener in dem ganzen östlichen Mittelmeer wird spielen können. Die an und für sich ganz wertvolle Einflugszone, die den Italienern in Kleinasien zugesprochen worden ist, kann keinerlei Ersatz bieten. Zu spät erkennen die römischen Politiker, in welcher Weise sie sich durch den Beitritt zu der Kriegsalianz an ihrer eigenen Zukunft veründigt haben.

Was nicht jetzt die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und die Herrschaft über die von Annunzio besungene Adria, die ihnen dazu von den Ententeländern freigestellt wird, wenn sie, wie in eine Flasche eingeproßt sein werden, während das große Mittelmeer von den Engländern und Griechen an sich gezogen wird. Ein großer Teil der politischen Lebensarbeit von Männern wie San Giuliano und Vargliat ist danach vergeblich gewesen.

Es ist sehr bezeichnend, daß in Rom jetzt eine deutschfreundliche Stimmung herrscht. Ritti soll amerikanische Journalisten gegenüber auch erklärt haben, die Friedensbedingungen von San Remo wären für die Türkei unannehmbar, und wenn es dafür in Kleinasien zu einem nationalen Verweilungskampf käme, werde Italien keinen Finger rühren.

Es kann jetzt vorausgesetzt werden, daß die gesamte italienische Politik eine völlige Umorientierung erfährt, wenn ihr aus wirtschaftlichen Gründen auch ein direkter Gegensatz zu England nicht möglich ist. Aber für Deutschland, das ja vielfach bereits Sympathiebeweise von Italien verzeichnen konnte, muß die Abkehr der allgemeinen Lage des besiegten Deutschland und des siegreichen Italien von Bedeutung sein. Beide haben dasselbe Interesse daran, den durch englisch-französische Willkür geschaffenen neuen Status quo bei gekommenen Zeit zu revidieren. Es ist also beauerlich, daß dem in Berlin eingetroffenen italienischen Votschafter de Martino bisher immer noch nur ein deutscher Geschäftsträger in Rom gegenüber steht.

Nach der Konferenz von San Remo.

Ueberreichung der Entente.

Berlin, 28. April. (Wolff.) Heute vormittag hat der italienische Geschäftsträger, Votschafter de Martino, dem Reichskanzler die bereits bekannte Entente-Note überreicht, mit der die Konferenz in San Remo abschloß. Der Text stimmt mit der von der Agence Havas veröffentlichten Note überein. Unterzeichnet ist die Note vom italienischen Ministerpräsidenten Ritti.

Die Wiener Presse.

Wien, 28. April. (Wolff.) Die Ergebnisse der Konferenz in San Remo werden in der Presse nur vereinzelt besprochen. Die Blätter sind in ihren Urteilen im allgemeinen zurückhaltend, begrüßen jedoch als günstiges Moment die Einladung des deutschen Reichskanzlers zu unmittelbaren Besprechungen mit den Chefs der alliierten Regierungen.

Die Adriafage.

(Eigener Drahtbericht.)

Mailand, 28. April. Der Spezialberichterstatter des „Corriere della Sera“ berichtet noch aus San Remo, daß Ritti vor seiner Abreise vom Chef der jugoslawischen Friedensdelegation Trumbitsch eine Depesche erhielt, in der dieser seinen Dank zum Ausdruck bringt dafür, daß Ritti den Standpunkt Trumbitsch auf Hinausschiebung einer endgültigen Lösung der Adriafage unterstützt habe. Gleichzeitig teilte Trumbitsch mit, daß die jugoslawische Delegation von Paris nach Belgrad zurückkehren werde, um mit Vollmachten zurückzukommen, die eine endgültige Lösung der Adriafage ermöglichen. Trumbitsch stellte es Ritti anheim, Tag und Ort der endgültigen Zusammenkunft der italienischen und jugoslawischen Delegation zu bestimmen.

Erfüllung des Friedensvertrages.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. April. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ weist in einem Artikel über die Ablieferung von Waffen und Heeresgerät an die Entente nach, daß die deutsche Regierung in lokaler Erfüllung des Friedensvertrages alles zur Beschleunigung der Ablieferung getan habe. Sie führt im einzelnen aus, in welcher Weise Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Was die Unbrauchbarmachung des Kriegsgewehrs anlangt, so habe man alsbald nach dem Waffenstillstand damit begonnen. Für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands sei die neue Forderung der Ententeüberwachungskommission, ihr das Eigentumsrecht an den gesamten Schrotmengen zuzubilligen, von schwerwiegender Bedeutung. Während des Krieges seien fast die gesamten Rohstoffe für Heeresgerät nutzbar gemacht worden. Die Auslieferung der gewaltigen Schrotmengen würden den Ruin der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bedeuten, die den Betrieb nur mit diesen Schrotmengen einigermaßen aufrechterhalten könne. Das Blatt hofft, die Entente werde auf ihrer Forderung nicht bestehen, zumal nach dem Friedensvertrage ihr das Eigentumsrecht am Schrot nicht zustehe.

Balfour. — Nachklänge.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 28. April. „Daily Mail“ meldet, daß Balfour geäußert habe, die französischen Truppen würden Frankreich besetzt halten nicht nur, bis die deutschen Streitkräfte das Ruhrgebiet geräumt haben würden, sondern bis Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen ausgeführt und die 12000 Geschütze abgeliefert haben würde, die es entgegen dem Friedensvertrage noch besitze.

Nach Privatmitteilungen der „Information“ aus San Remo soll Lloyd George italienischen Journalisten erklärt haben, der deutsche Reichskanzler werde in Spa als Minister wie andere Minister behandelt mit dem Rechte, vorzuschlagen und zu erörtern, was die Ausführungen des Friedensvertrages angehe.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus San Remo, hat der Oberste Rat gestern beschlossen, der deutschen Regierung alle nötigen Beweise für die Aburteilung aller Verjährten zu übermitteln.

„Populaire“ bezeichnet die Einladung des deutschen Reichskanzlers zum 25. Mai nach Spa als den Beginn der Revision des Friedensvertrages.

Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. April. Der französische Geschäftsträger ist am Samstag nach Paris abgereist. Gleichzeitig hat sich der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mauer, nach Deutschland begeben und ist nach einem Aufenthalt in München in Berlin eingetroffen. Die beiden Reisen stehen im Zusammenhang mit den großen Wirtschaftsverhandlungen, die z. B. zwischen Deutschland und Frankreich schweben. Die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung, die der Reichsminister Köpfer in seiner Unterredung mit einem Vordarstellungsleiter als erwünscht bezeichnet hat, wird den Gegenstand der Beratungen in Berlin und Paris, zu denen die Reise der beiden Geschäftsträger Anlaß gab, bilden.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. April.
Präsident Seidenbach eröffnet die Sitzung um 11.25 Uhr und teilt mit, daß der Reichsvollminister ihm angeteilt habe, daß der Reichswirtschaftsrat gegen das Gesetz über die Postgebühren Erhöhung erhoben und es der Nationalversammlung zur nochmaligen Beschlußfassung übermitteln habe.
Das Gesetz geht an den Haushaltsausschuß.

Der Ausschuß für die Geschäftsordnung beantragt, die Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Mareski (D. S.) zu erteilen.

Der Antrag wird, nachdem Abg. Graf Dohna (D. S.) dafür gesprochen hatte, angenommen.
Der Ausschuß beantragt wegen der Verhaftung des Abg. Golsborn (Hospitalier beim Zentrum) und der Verhaftung des Abg. Schiele (D. N.) beiden Abgeordneten das Bedauern des Hauses auszusprechen und den Reichskanzler um Befreiung der Schuldigen zu ersuchen.

Reichsminister Dr. Koch bedauert lebhaft die Vorkommnisse. Die Verantwortung scheint in beiden Fällen dem Polizeipräsidenten zuzufallen. Im bereit, eine Bestrafung herbeizuführen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Der gleiche Ausschuß beantragt, die Genehmigung zur Einleitung eines gerichtlichen Untersuchungsverfahrens gegen den Abg. Draß (U. S.) wegen Landesverrats nicht zu erteilen.

Abg. Brodant (Dem.) beantragt, die Genehmigung zu erteilen, da man politische Delikte nicht schematisch behandeln könne. Doch schließt die Genehmigung zur gerichtlichen Untersuchung noch nicht die Verhaftung in sich, wie dies der Ausschuß ausdrücklich festgelegt habe.
Abg. Dr. Graf zu Dohna (D. S.) bittet, die Genehmigung zu erteilen, damit festgestellt werde, ob das Delikt zutreffend sei oder nicht.

Abg. Eichhorn (U. S.) ist für Zurückweisung.
Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Weiser (Str.), Warmuth (D. N.), Vargliat (Str.), Dr. Golsborn (Dem.), Brodant (Dem.), Eichhorn (U. S.), Schulz-Bromberg (D. N.) wird der Antrag Brodant angenommen, wonach die Genehmigung der gerichtlichen Untersuchung noch nicht die Genehmigung zur Verhaftung bedeutet.

Bei der Abstimmung über den Antrag des Ausschusses muß, da das Voto sich nicht einigen kann, auf welcher Seite die Mehrheit ist, ausgeteilt werden. Es stellt sich die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus.

Nächste Sitzung 9 1/2 Uhr.
Präsident Seidenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines Beschlusses.

Präsident Seidenbach teilt mit, daß der Vorkommnisse Ausschuss sich dahin geeinigt habe, bei diesem Gesetz von einer Ausbesserung abzusehen.

Abg. Frau Fies (U. S.) widerspricht dem.
Abg. Alletto (Str.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die überflüssigen Beamten der Post- und Eisenbahnverwaltung müssen in andere Stellen gebracht werden, z. B. in die Landwirtsch.

Abg. Frau Fies (U. S.) bekräftigt Anträge ihrer Partei. Danach soll u. a. die Feuerungsanlagen gleich sukzessive werden. Die Arbeitszeit aller Beamten soll 48 Stunden in der Woche betragen. Den verheirateten weiblichen Beamten muß, wenn der Ehemann nicht so viel verdient, die Kinder- und Lebensversicherung voll bezahlt werden. Wir protestieren gegen die Einreichung der Beschlüsse unter die Beamten.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Von einem Regierungsvertreter wird erklärt, daß die Anträge der Unabhängigen schon im Ausschuss gründlich durchberaten wurden und dadurch auch im Plenum abgelehnt werden sollten.

Abg. Frau Kuebers (Dem.) erklärt namens der Frauen der Nationalversammlung, daß sie sich mit dem Gesetze in der Voraussicht einverstanden erklären, daß bei der Einteilung der Gruppen die Interessen der weiblichen Beamten mehr gewahrt werden würden.

Unter Annahme des Änderungsantrages der Mehrheitspartei wird eine Reihe von Paragraphen angenommen. Das Diktat wird in der Vorlage begrenzt.

Die Abg. Goh (Soz.), Decker (D. N.), Frau Zieg (N. S.), Heusermann (D. N.), Kleske (Str.) stimmen dem zu.

Der Antrag wird angenommen, ebenso auch der Rest des Gesetzes in der Entschiedenheit des Ausschusses.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage.

Zu § 9 wird ein Antrag Delius (Dem.) eingebracht, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, wonach das Besoldungsdienstliche der Soldaten, die unter Verbleib in derselben Besoldungsgruppe überführt werden, zwei Jahre vorgezogen wird.

General Reinhardt bittet um Annahme des Antrages.

Abg. Schulz-Bromberg (D. N.) widerspricht dem, da bei dem Kürze der Zeit eine Stellungnahme unmöglich ist.

Abg. Steinlopf (Soz.) stimmt dem Antrage zu.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Darauf folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes.

Veränderung des Betriebsvertrages (Erlass einer neuen Arbeitsordnung).

Der Gesetzesentwurf wird in dritter Lesung erledigt.

Dann kommt die Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Verordnung der Militärpersonen

und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung in Verbindung mit der zweiten Beratung eines Gesetzesentwurfes über die Kosten der sozialen Kriegs-hinterbliebenenfürsorge.

Reichsminister Schäfer: Die vorliegenden Gesetze entspringen der Pflicht der Dankbarkeit des Vaterlandes an die Opfer des Krieges und ihre Hinterbliebenen.

Neu sind in dem Gesetzesentwurf besonders der Anspruch auf Selbstbehandlung und auf Berufsausbildung. Eine möglichst Vereinfachung des Rentenverfahrens ist erstrebt.

Abg. Meier (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz. Gut ist, daß die Mangelunterstützung bei der Verordnungsgebung wegfällt.

Abg. Dr. Luppe (Dem.): Die Anträge der Rechten und Linken, die die finanzielle Seite des Gesetzes betreffen, sind mit der finanziellen Lage unvereinbar.

Die Grundrenten dürfen nur auf normale Zustände berechnet werden. Erforderliche Verordnungsfolgen können von der Volksvertretung jeweils bewilligt werden.

Abg. Bruhn (D. N.) beantwortet die Anträge auf Erhöhung der Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage, gestützt nach der Mindernde der Erwerbsfähigkeit, ferner auf Erhöhung der Verordnungsgebühren.

Abg. Andre (Str.) wünscht das Gesetz noch weiter ausgedehnt. Die Besoldung der Beschäftigten müssen beschleunigt erfolgen.

Abg. Kuntz (N. S.) beantragt Anträge seiner Partei, die eine noch weitergehende Erhöhung der Renten fordern als die Anträge Bruhn.

Abg. Schwarzer (Ban. Sp.) stimmt dem Kommissionsbeschluss zu.

Reichsarbeitsminister Schäfer: Die Anträge Bruhn und Kuntz gehen zu weit. Für die Opfer von Kriegerangriffen wird im Reichsamt des Anzegers eine Vorlage ausgearbeitet. Die noch vorhandenen Kasernen sollen möglichst schnell abgebaut werden, ohne daß darunter die Weiterbehandlung der Invasen leiden soll.

Unter Ablehnung der erwähnten Anträge und unter Annahme des Antrages Andre (Str.), daß das Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen, ebenso die Entschiedenheit über die Kriegsinvaliden aus früheren Kriegen.

Die beiden Gesetze werden darauf in dritter Lesung erledigt und einstimmig angenommen.

Morgen 10 Uhr: Reichsheimstättengesetz. Tauschschäden u. a.

Der Arbeitsrat.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. April. Nach den Beschlüssen des Vorkommens Ausschusses wird die Nationalversammlung am Donnerstag ihre Beratungen beendigen, jedoch am Mittwoch, den 19. Mai, noch als zusammenzutreten, um die dann vor-

liegenden dringenden Entwürfe zu erledigen. Vermutlich werden diese Beratungen bis zum 21. Mai abgeschlossen sein.

Der Wirtschaftsausschuss ist genötigt, noch eine Reihe von Verordnungen durchzubearbeiten und wird deshalb bereits am 17. Mai von neuem seine Beratungen wieder aufnehmen.

Der Haushaltsausschuss tritt heute abend unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung zusammen, um die vom Reichswirtschaftsrat abgeänderte Postgebührenordnung einer neuen Beratung zu unterziehen.

Die deutsche Republik.

Der Aufmarsch zu den württembergischen Wahlen.

(Von unserem Stuttgarter Korrespondenten.)

G. Stuttgart, 27. April. Im volkswirtschaftlichen Aufschwung des württembergischen Landtags freit man sich über Ernährungsfragen. Der Ton der Verhandlungen läßt erkennen, daß auch das Reichsparlament in den letzten Tagen fest, daß nachteilige Erwägungen die sachlichen Gesichtspunkte immer häufiger zurückdrängen. Mit Ungehörigkeit vertreten die Deutschnationalen, hiesig als „Bürgerpartei“ genannt, die Forderung der Aufhebung der Zwangswirtschaft, und zwar reifliche und sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Ernährung der breiten Massen bisher einigermaßen gesichert wurde.

Man hat den Antragstellern entgegengehalten, daß die Durchführung dieser Forderung verheerende Folgen haben würde und Ernährungsminister Graf führte bei der Bekämpfung des deutsch-nationalen Antrags aus: Die Annahme, daß bei Aufhebung der öffentlichen Verpflegung die Produktion steigen werde, sei irrig. Vielmehr würden die Preise ins Ungeheure steigen. Käme es für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Weltmarktpreis, so müßten bei unserem jetzigen Valutastand für eine fünfköpfige Familie 475 A für den Tag gerechnet werden, um die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. Das sei einfach unmöglich. Wichtiger als die Aufhebung der öffentlichen Verpflegung sei für die Volkswirtschaft die Bekämpfung von auswärts kommenden Preisen. Eine solche Preisfestsetzung sei, betonte der Ernährungsminister, vorgezogen.

Auch diesen Darlegungen gegenüber beharrten die Deutschnationalen auf ihrem Antrag, die Zwangswirtschaft ohne weiteres aufzuheben. Der Antrag wurde mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Auf deutsch-nationaler Seite wurde bereits erklärt, daß man u. a. mit der Parole „Geld und freie Wirtschaft“ in den Wahlkampf ziehen werde. Es ist sicher, daß sich mit dieser Parole bei der hiesigen Bevölkerung gute Portion und Wahlschicksale machen lassen. Das die hiesige Bevölkerung, die sich zur deutsch-nationalen Richtung bekennt, dazu sagen wird, ist freilich eine andere Frage. Als Aufmarsch zu den Wahlen werden die Verhandlungen des Ernährungsausschusses mit sehr gemischten Gefühlen verfolgt.

Lebhaftes Interesse erweckt der Entwurf des Landtagswahlgesetzes, den die Regierung jetzt veröffentlicht. Nach der württembergischen Verfassung ist auf je 25 000 Landeseinwohner der letzte Volkszählung ein Abgeordneter zu wählen. Für das Wahlverfahren sind die Grundzüge der Verhältniswahl maßgebend. Es sind im Entwurf 24 Wahlkreise vorgesehen, für deren Bemessung vor allem die Erwägung maßgebend war, daß die Einwohnerzahl eines Wahlkreises nicht zu groß sein darf, wenn die Möglichkeit eines persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen dem einzelnen Abgeordneten und seinen Wählern nicht gefährdet werden soll. Großes Gewicht legt der Entwurf darauf, daß die sog. Reststimmen, die sich bei den Abstimmungen in den einzelnen Wahlkreisen ergeben, ebenfalls zum Zuge kommen. Diese Reststimmen werden im ganzen Lande zusammengefaßt und zur Sitzbestimmung auf der Landesparlamentarische Versammlung, die sich der Kreiswahlvorsitzenden angeschlossen kann. In den 24 Wahlkreisen sind 101 Abgeordnete im Wege der Verhältniswahl zu wählen. Die Abgeordnetenliste sollen nach dem im ganzen Lande für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen verteilt werden. Am System der freigegebenen Wählern hat der Entwurf fest, der Wähler kann also von sich aus keine Veränderungen an den von den Parteien aufgestellten Kandidatenlisten vornehmen.

Wieder eine neue Krankenversicherungsgrenze.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. April. In der heutigen Sitzung des Volkswirtschaftsausschusses der Nationalversammlung wurde die Verordnung über die Krankenversicherung mit der Mindernde angenommen, daß die Grenze der Versicherungsspflicht auf 15 000 festgesetzt wurde. Die Nationalversammlung hatte die Grenze von 20 000 Mark abgelehnt, die neue Vorlage der Regierung nur 12 000 vorgeschlagen.

vielen Innerquidlichen. Die Duvettüre hätte man diesmal lieber am Schiffe geladert; man wäre befriedigter aus dem Theater gegangen...

S. Ba.

Theater und Musik.

Fünfte musikalische Aufführung des Münchener Konservatoriums. Das Programm sollte die (zahlreich im Einzelnen zusammengekommenen) Hörer bekannt machen mit der Entwicklung des Instrumentaltalents und seiner Literatur im 18. Jahrhundert, deren erster ausgeprägter Charakter — wenigstens in dem strengeren Sinne, wie er heute festgehalten wird — an das Schaffen Vivaldis in Italien gebunden ist und somit schon ins 17. Jahrhundert hinaufreicht, und deren Anfänge von der Renaissance ausgehen. Hier auf diese sehr interessante musikalische Phase genauer einzugehen, wie sie der einleitende Vortrag Dr. Rudolf Vellard's klar und prägnant skizzierte, ist leider nicht möglich. Es sei nur darauf hingewiesen, daß der Vortragende sich mit Erfolg bemüht hat, auf diesem Gebiet bereichernde und anziehende Entdeckungen zu machen, die das Verhältnis Vivaldis (1678 bis 1708) zu Josef Haydn in dieser Kompositionsgattung erhellen mögen. Und ferner, daß die Umarbeitungen der Cembalostimmen für Klavier ebenfalls von Dr. Vellard stammen. Er spielte das Instrument auch am Dienstag abend, dem als Streicher Mitgließer und Schüler des Konservatoriums beigefügt waren. An einschlägigen Werken kamen nun zu Gehör ein nach Vivaldischem Muster geschriebenes Violinconcert in C-Dur von J. S. Bach, dessen zwei letzte Sätze, der mittlere in C-Moll zumal, doch ganz Bach'sche Ausdruckskraft besitzen, und dessen Solovioline unter fürsprüchlicher Leitung von Musikdirektor W. u. n. sehr geschmackvoll und temperamentsvoll von Herrn v. Le Jeune gespielt wurde. Von Vivaldi und von Haydn hörte man je ein Klavierkonzert mit Triobegleitung (zwei Geigen und Cello), wozu Dr. Vellard sich als feinsichtiger Pianist erwies, ebenso wie als Begleiter von Liedern Telemanns (1681—1767) und des J. A.

Die Reichstagswahlen 1920.

Amlich wird mitgeteilt:

Nach Mitteilung des Reichsministers des Innern kann mit der Wahlhaltung der Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 nunmehr bestimmt gerechnet werden. Die Wählerlisten müssen hiernach in der Zeit vom 9. bis 16. Mai 1920 zur Ausfertigung kommen. Bei der Wahl bildet Baden einen Wahlkreis. Das bis zum Erscheinen des neuen Reichswahlgesetzes und der Reichswahlordnung noch einige Zeit vorkreuzen wird, werden die Gemeinden schon jetzt von den folgenden, insbesondere für die Anlage der Wählerlisten oder Wählerkarten in Frage kommenden neuen Vorschriften verhandelt:

1. Für die Wahl ist von den Gemeinden eine Liste der Reichstagswähler nach Zu- und Vornamen, Alter, Beruf, Wohnung oder Wohnort in alphabetischer Ordnung in fortlaufender Nummer aufzustellen. Vor dem Eintrag jeder einzelnen Person ist deren Wahlrecht genau zu prüfen. Es können nach Gesetzkriterien getrennte Listen angelegt werden. Die Listen können auch in der Art angelegt werden, daß die Namen der abgabenden Wähler in ihrer Reihenfolge, innerhalb der Listen die Nummer ihrer Nummer und innerhalb jedes Stammes die Nummer der Wähler eingetragen werden.

2. In die Listen sind alle Reichstagswähler einzutragen, die in der Gemeinde, für die die Liste anzulegen ist, nicht bloß vorübergehend oder gelegentlich anhalten. Personen, deren Wahlrecht ruht, sind in die Listen nicht aufzunehmen. Das gleiche gilt für Personen, die in der Ausübung des Wahlrechts behindert sind, es sei denn, daß ansonsten ist, daß der Behinderungsgrund am Wahltag nicht mehr besteht.

3. Reichstagswähler ist, wer am 6. Juni 1920 Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist.

4. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist

a) wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht.

b) wer rechtskräftig durch Richterpruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht. In der Wehrmacht gehören die Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere des Reichsheeres und der Reichsmarine.

Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Unterbringungserzogene, sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schubhaft befinden.

4. Die Listen können in Bestform oder in Kartothekform (Wahlkartei) angelegt werden.

5. Wählerlisten oder Wahlkarteien sind für jeden Wahlbezirk in zwei gleichlautenden Stücken anzufertigen.

6. Für die Bildung der Wahlbezirke (bisher Stimmbezirke genannt) gilt folgendes:

Die Abgrenzung der Wahlbezirke erfolgt nach den örtlichen Verhältnissen. Hierbei ist davon auszugehen, daß allen Wählern die Teilnahme an der Reichstagswahl möglichst erleichtert wird. Kein Wahlbezirk soll mehr als 200 Einwohner umfassen; er darf nicht so klein gemacht werden, daß das Wahlergebnis beeinträchtigt werden könnte.

Geenüßer der in § 7 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 getroffenen Regelung ist in den neuen Vorschriften eine Abweichung insofern vorgesehen, als auch Teile von Gemeinden mit benachbarten Gemeinden oder Gemeindefraktionen zu einem Wahlbezirk vereinigt werden können. Diese Bestimmungen soll zur Erleichterung der Stimmabgabe ermöglichen, daß beispielsweise vereinigt liegende Wohngebäude, die der Distanz einer benachbarten Gemeinde näherliegen als der Distanz der eigenen Gemeinde, zum Wahlbezirk des näher gelegenen Ortes genommen werden können.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ist die Abgrenzung der Wahlbezirke durch den Wahlkreisrat als bald vorzunehmen. Soweit das Reichswahlgesetz Material aus der Volkszählung vom Oktober 1919 zur Verfügung steht, ist dieses, im übrigen das der Zählung vom 1. Dezember 1910 zu Grunde zu legen.

Badische Politik.

Müßers Geburtstag.

Einem Drahtbericht aus Offenburg zufolge wurden gestern dem langjährigen Parlamentarier Dr. Kar Müser zu seinem 70. Geburtstag überaus zahlreiche mündliche und

schriftliche Glückwünsche aus allen Teilen des Landes zuteil. Eine der Fraktionen der Deutschen Demokratischen Partei des Badischen Landtags überbrachte eine aus dem Minister Dietrich und dem Abgeordneten Hoffmann und Dr. Lejer bestehende Abordnung, die ein mit dem schwarz-rot-goldenen Bande geschmücktes Blumenarrangement überbrachte. Minister Dietrich hielt dabei eine warmherzige Ansprache, in der dem Jubilar für seine idealen Bestrebungen im Dienste einer wahrhaften Demokratie der Dank ausgesprochen wurde. Müser dankte mit tief empfundenen Worten und erklärte, er werde auch in Zukunft seine Kraft der demokratischen Sache widmen. Seine besondere Freude sprach er darüber aus, daß die Tatsache seines Auscheidens aus der Fraktion die gewählten persönlichen Beziehungen zwischen ihm und den einzelnen Mitgliedern der Fraktion in keiner Weise getrübt hat. Unter den Gratulanten, die Müser, unterhält von seiner Gattin, in vollster Frische empfing, befand sich auch der frühere Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt Dr. Vogel in Raibach.

Ausgleichung der Beamten beim Vollzug der Reichsbefehlsordnung.

In einer am 30. März d. J. stattgehabten Besprechung im Staatsministerium mit dem Badischen Beamtenrat und über die neue Befehlsbefehlsordnung wurde von einem Vertreter der Eisenbahnbeamten die Ausgabe eines 9. Nachtrages zum Staatsvoranschlag 1918/19 beantragt, durch den Härten beseitigt werden sollten, die durch Ungleichheiten in der Gruppierung der Beamten der einzelnen Länder anlässlich der Verwirklichung der Staatsbahnen angestrichen sind. Zu diesem Antrag wurde regierungseitig bemerkt, daß es technisch unmöglich sei, jetzt noch einen 9. Nachtrag zum Staatsvoranschlag auszugeben. Ein solcher sei auch nicht nötig, da das Reichsfinanzministerium angestrichen habe, daß gegenüber den Ländern, die in letzter Stunde noch Änderungen in der Gruppierung ihrer Beamten vorgenommen haben, keine Benachteiligung eintreten, sondern daß die Ausgleichung beim Vollzug der Befehlsbefehlsordnung durchgeführt werden soll. Hiernach liegt kein Grund zu irgendwelcher Benachteiligung in Beamtenkreisen vor. (Amlich.)

Forderungen des Badischen Bauernverbandes.

Ein Herr Gebhard in Eppingen hat an die politischen Parteien Badens ein Rundschreiben gerichtet, in dem vom Verband folgende Forderungen angedeutet werden:

1. Abschaffung der Zwangswirtschaft Anfang Ende 1920. Aufhebung der Kriegsgesellschaften und Kriegsverordnungen.

Sofortige Freigabe von Schmalz und Rindfleisch, Zerkleinerte, Getreide, Getreide, Getreidepflanzen und Wolle.

Straflos für sämtliche Verhöre, die von Bauern wegen der Zwangswirtschaft beantragt wurden. Sofortige Anerkennung des Streikrechts der Bauern.

2. Bekämpfung aller auf Sozialisierung von Grund und Boden gerichteten Bestrebungen; dagegen Zahlung von Bauernland durch Veranschlagung des Grundbesitzes als Staats-, Herrschafts- und Reichsland.

3. Beseitigung der Reichsabgabe auf Kunstdünger. Frachtmäßig für sämtliche landwirtschaftliche Bedarfsstoffe.

4. Öffentliche Abrechnungen und parlamentarische Ausschüsse oder Beiräte, die sich mit der Regelung landwirtschaftlicher Angelegenheiten befassen, sind mindestens hälftig aus Vertretern der Landwirtschaft zusammenzusetzen.

5. Die vom Bauernverband vorschlagenden Kandidaten sind an L. 3. 5. 7. u. 10. Stelle zu setzen.

6. Die vom Bauernverband vorschlagenden Wahlbewerber müssen sich schriftlich verpflichten, für den Fall ihrer Wahl:

1. Am Reichstag mit dem vom Bauernverband vorgeschlagenen Abgeordneten aller Parteien eine landwirtschaftliche Vereinigung zu bilden, in welcher die jeweils zur Beratung stehenden landwirtschaftlichen Angelegenheiten beraten werden. Die Mitglieder dieser landwirtschaftlichen Vereinigung haben sich diesen Beschlüssen entsprechend zu verhalten. Der Widerstand ist jedoch frei, die Entscheidung des engeren Vorstandes des Badischen Bauernverbandes einzuholen, daß die Entscheidung bindend ist.

Badische Politik.

Müßers Geburtstag.

Einem Drahtbericht aus Offenburg zufolge wurden gestern dem langjährigen Parlamentarier Dr. Kar Müser zu seinem 70. Geburtstag überaus zahlreiche mündliche und

Badisches Landestheater.

„Der Freischütz.“ Wir sind auf der Suche nach einer Opernprobe. Es wird nicht leicht sein, vollwertigen Grotto für Elisabeth Friedrich zu finden; er muß aber — bei der Wichtigkeit gerade dieses Fades für unsere Bühne — gefunden werden. Elli Wirtkow, die am Dienstag als Menend gehierte, kommt für uns nicht in Frage. Die noch sehr anfängerhafte Sängerin hat eine dünne, in der Tiefe und Mittellage matte und farblose Stimme, während die Höhe, etwa vom I. bis, manchmal überraschenden Glanz zeigt. Ueberräufig musikalisch scheint der Gast nicht zu sein; einige Male gefährdete er die Ensemble in beängstigender Weise. Im Spiel vermehrte man Nüchternheit und echten Humor. Das Reiche machte gekünstelten Eindruck; immerwährendes hilfloses Schlenkern der Arme ist noch lange kein Spiel.

Käthe Dell war als Aaäthe zum erstenmal eine größere Aufgabe gestellt. Man freute sich ihrer langvollen, satten Stimme, die bei weitem emigener Studium (die Akzenttechnik ist noch mangelhaft) an Ausdruckskraft und Stabilität, zumal in der jetzt noch etwas unfreien Höhe, sicher gewinnen wird. Darstellerisch blieb Käthe Dell, selbst wenn man begriffliche Erregung berücksichtigt, manches schuldig. Ihrer Aaäthe fehlte Frische, Anmut, pulsierendes Leben. Der Max Deilmut Neugebauer's schien sich bei seiner Braut und deren Verwandten diesmal nicht wohl zu fühlen; selten sah ich den Künstler so gleichgültig, ja nichtig auf der Bühne. Das seine Leistung dadurch nicht gewann, ist natürlich — allerdings auch betrüblich.

Gerne begrüßt man einen alten Bekannten: Peter Vordmann. Er zeichnete den Hosenhosenknap mit scharfen Strichen und wußte auch, trotz himmlischer Mängel, den gefanglichen Stellen eindrucksvolles Gepräge zu verleihen.

Das Orchester, über dem Alfred Lorenz's temperamentvoll den Stab schwang, verhielte mit

Badisches Landestheater.

„Der Freischütz.“ Wir sind auf der Suche nach einer Opernprobe. Es wird nicht leicht sein, vollwertigen Grotto für Elisabeth Friedrich zu finden; er muß aber — bei der Wichtigkeit gerade dieses Fades für unsere Bühne — gefunden werden. Elli Wirtkow, die am Dienstag als Menend gehierte, kommt für uns nicht in Frage. Die noch sehr anfängerhafte Sängerin hat eine dünne, in der Tiefe und Mittellage matte und farblose Stimme, während die Höhe, etwa vom I. bis, manchmal überraschenden Glanz zeigt. Ueberräufig musikalisch scheint der Gast nicht zu sein; einige Male gefährdete er die Ensemble in beängstigender Weise. Im Spiel vermehrte man Nüchternheit und echten Humor. Das Reiche machte gekünstelten Eindruck; immerwährendes hilfloses Schlenkern der Arme ist noch lange kein Spiel.

Käthe Dell war als Aaäthe zum erstenmal eine größere Aufgabe gestellt. Man freute sich ihrer langvollen, satten Stimme, die bei weitem emigener Studium (die Akzenttechnik ist noch mangelhaft) an Ausdruckskraft und Stabilität, zumal in der jetzt noch etwas unfreien Höhe, sicher gewinnen wird. Darstellerisch blieb Käthe Dell, selbst wenn man begriffliche Erregung berücksichtigt, manches schuldig. Ihrer Aaäthe fehlte Frische, Anmut, pulsierendes Leben. Der Max Deilmut Neugebauer's schien sich bei seiner Braut und deren Verwandten diesmal nicht wohl zu fühlen; selten sah ich den Künstler so gleichgültig, ja nichtig auf der Bühne. Das seine Leistung dadurch nicht gewann, ist natürlich — allerdings auch betrüblich.

Gerne begrüßt man einen alten Bekannten: Peter Vordmann. Er zeichnete den Hosenhosenknap mit scharfen Strichen und wußte auch, trotz himmlischer Mängel, den gefanglichen Stellen eindrucksvolles Gepräge zu verleihen.

Das Orchester, über dem Alfred Lorenz's temperamentvoll den Stab schwang, verhielte mit

Kunst und Wissenschaft.

Technische Hochschule Karlsruhe. Dem Oberingenieur Treiber bei der badischen Oberdirektion des Wasser- und Straßenaues ist für das Sommersemester 1920 ein Lehrauftrag für eine zweisemestrige Vorlesung über Erdbeben sowie eine zweisemestrige Vorlesung über Wasserstraßenmaschinen erteilt worden.

Neues über die Wunder des Pflanzenlebens. Der indische Gelehrte Sir Jagadis Bose, der seit einiger Zeit in England weilt, um hier seine Entdeckungen aus dem Reich des Pflanzenlebens der wissenschaftlichen Prüfung zu unterbreiten, stellte in einem Vortrag vor der Britischen Gesellschaft für Medizin eingehende Beobachtungen über die Reizbarkeit der Pflanzen mit. Nach seinen Versuchen ist die Verwandtschaft zwischen dem Leben der Pflanzen und der Tiere sehr viel enger, als man bisher glaubt hat, und nach seiner Ansicht können einige der schwierigsten Probleme des Tierlebens durch das Studium der entsprechenden Bedingungen im Pflanzenleben gelöst werden. Mit einem von ihm konstruierten Meßapparat, dem manometrischen Crescographen, mit dem er die Reaktion der Pflanze auf jede Reizung registrieren kann, beobachtete Bose die Einwirkung, die der Nitrosol auf Pflanzen hervorruft. Die Pflanze unterliegt zunächst einer gewissen Dämpfung, der eine wilde Erregung folgt. Die amerikanische Alkoholbewegung hat sich bereits die Beobachtungen zum Beispiel gemacht und Platte veröffentlicht, die die „Verzerrungen der Rinde“, den „Aben-tauner der Karotte“, den „Nitrosol“ auf Pflanzen hervorruft. Die Pflanze unterliegt zunächst einer gewissen Dämpfung, der eine wilde Erregung folgt. Die amerikanische Alkoholbewegung hat sich bereits die Beobachtungen zum Beispiel gemacht und Platte veröffentlicht, die die „Verzerrungen der Rinde“, den „Aben-tauner der Karotte“, den „Nitrosol“ auf Pflanzen hervorruft.

Mehr Sparsamkeit in der Bühnenausstattung! Der Präsident des Deutschen Chorführer- und Ballettverbandes E. Friedebach (Mannheim), gibt zu dieser zeitgemäßen Forderung in der „Deutschen Bühne“ folgende beachtenswerte Ratschläge: Wir haben heute und in unserer Lage alle Ursache, jeglichen Luxus aus unserer Kulturtheatern, zu denen ich sogar auch die guten Opernbühnen rechne, zu verbannen. Wer die heutigen Preise für Dekorationsleinwand und für Kostüme, für Licht und alles, was zum Theaterbetrieb notwendig ist, kennt, dem muß es mit Unmut erfüllen; wenn er die Aufwendungen sieht, die auch heute noch an manchen Bühnen Unfug sind. Wer ins Kulturtheater geht, soll wegen des Wertes und der Mühe und nicht der Augenweide wegen gehen. Das Publikum muß daran gewöhnt werden, daß prächtige Ausstattungen heute eine Verschwendung an der Allgemeinheit sind. Die Angehörigen kämpfen in schwerer Not um ihr Dasein; auch mancher Bühnenleiter. Da ist es nicht an der Zeit, in einer einzigen Spielzeit Hunderttausende für Ausstattungen hinzupfeuern. Der Steuerzahler trägt das Theaterdefizit der Kultur wegen und nicht pompöser Ausstattungen willen. Solange die jetzige schwere Zeit besteht, sollte für Ausstattungen kein Pfennig unnütz vergeudet werden. Auch wird an mancher

Kunst und Wissenschaft.

Technische Hochschule Karlsruhe. Dem Oberingenieur Treiber bei der badischen Oberdirektion des Wasser- und Straßenaues ist für das Sommersemester 1920 ein Lehrauftrag für eine zweisemestrige Vorlesung über Erdbeben sowie eine zweisemestrige Vorlesung über Wasserstraßenmaschinen erteilt worden.

Neues über die Wunder des Pflanzenlebens. Der indische Gelehrte Sir Jagadis Bose, der seit einiger Zeit in England weilt, um hier seine Entdeckungen aus dem Reich des Pflanzenlebens der wissenschaftlichen Prüfung zu unterbreiten, stellte in einem Vortrag vor der Britischen Gesellschaft für Medizin eingehende Beobachtungen über die Reizbarkeit der Pflanzen mit. Nach seinen Versuchen ist die Verwandtschaft zwischen dem Leben der Pflanzen und der Tiere sehr viel enger, als man bisher glaubt hat, und nach seiner Ansicht können einige der schwierigsten Probleme des Tierlebens durch das Studium der entsprechenden Bedingungen im Pflanzenleben gelöst werden. Mit einem von ihm konstruierten Meßapparat, dem manometrischen Crescographen, mit dem er die Reaktion der Pflanze auf jede Reizung registrieren kann, beobachtete Bose die Einwirkung, die der Nitrosol auf Pflanzen hervorruft. Die Pflanze unterliegt zunächst einer gewissen Dämpfung, der eine wilde Erregung folgt. Die amerikanische Alkoholbewegung hat sich bereits die Beobachtungen zum Beispiel gemacht und Platte veröffentlicht, die die „Verzerrungen der Rinde“, den „Aben-tauner der Karotte“, den „Nitrosol“ auf Pflanzen hervorruft. Die Pflanze unterliegt zunächst einer gewissen Dämpfung, der eine wilde Erregung folgt. Die amerikanische Alkoholbewegung hat sich bereits die Beobachtungen zum Beispiel gemacht und Platte veröffentlicht, die die „Verzerrungen der Rinde“, den „Aben-tauner der Karotte“, den „Nitrosol“ auf Pflanzen hervorruft.

Mehr Sparsamkeit in der Bühnenausstattung! Der Präsident des Deutschen Chorführer- und Ballettverbandes E. Friedebach (Mannheim), gibt zu dieser zeitgemäßen Forderung in der „Deutschen Bühne“ folgende beachtenswerte Ratschläge: Wir haben heute und in unserer Lage alle Ursache, jeglichen Luxus aus unserer Kulturtheatern, zu denen ich sogar auch die guten Opernbühnen rechne, zu verbannen. Wer die heutigen Preise für Dekorationsleinwand und für Kostüme, für Licht und alles, was zum Theaterbetrieb notwendig ist, kennt, dem muß es mit Unmut erfüllen; wenn er die Aufwendungen sieht, die auch heute noch an manchen Bühnen Unfug sind. Wer ins Kulturtheater geht, soll wegen des Wertes und der Mühe und nicht der Augenweide wegen gehen. Das Publikum muß daran gewöhnt werden, daß prächtige Ausstattungen heute eine Verschwendung an der Allgemeinheit sind. Die Angehörigen kämpfen in schwerer Not um ihr Dasein; auch mancher Bühnenleiter. Da ist es nicht an der Zeit, in einer einzigen Spielzeit Hunderttausende für Ausstattungen hinzupfeuern. Der Steuerzahler trägt das Theaterdefizit der Kultur wegen und nicht pompöser Ausstattungen willen. Solange die jetzige schwere Zeit besteht, sollte für Ausstattungen kein Pfennig unnütz vergeudet werden. Auch wird an mancher

Tagung der Badischen Landwirtschaftskammer.

(Eigener Bericht.) Das Landwirtschaftskammergesetz und verschiedene andere wichtige Tagesfragen veranlassen den Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer...

Defononierat Saenger gab hierauf einen kurzen Überblick über die gegenwärtige politische Lage, und betonte dabei besonders, daß die deutsche Landwirtschaft dahin streben müsse, sobald wie möglich die Höhe der Produktion vor dem Kriege zu erreichen...

Das ist in großen Zügen der Verlauf der Ausprache. Schließlich wurde der Antrag des Vorstandes mit allen gegen 8 Stimmen angenommen, ebenso folgender Antrag Dr. Mengesheister...

Nach einem Vortrag des Direktors Dr. Müller beschloß die Kammer, die derzeitigen von Banken entnommenen vorübergehenden Anleihen, soweit es zweckmäßig erscheint, durch langfristige Anleihen zu ersetzen...

Eine längere Ausprache über den Antrag des Vorstandes zum Hauptantragsvoranschlag für 1920 aus; der Antrag, der einstimmig angenommen wurde, lautet: „Die Badische Landwirtschaftskammer legt Verwahrung dagegen ein, daß nach dem Entwurf des Staatsvoranschlages für das Jahr 1920 für die Förderung der Landwirtschaft der Landwirtschaftskammer feinerlei Staatsmittel mehr zur Verfügung gestellt werden.“

Der Antrag des Vorstandes über die Zusammenziehung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates blieb beim Zentrum auf Widerstand und fiel mit 14 gegen 13 Stimmen unter den Tisch. Die übrig gebliebene Hälfte lautet: „Die Landwirtschaftskammer erklärt, daß die Landwirtschaft in den zu erledigenden vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in welchem unter 236 Vertretern nur 68 auf die Landwirtschaft entfallen sollen, keineswegs der Bedeutung des landwirtschaftlichen Berufsstandes im Reich und besonders der großen Wichtigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung für unsere Volksernährung für die Zukunft entspricht.“

Die Landwirtschaftskammer hat bei ihrer geschäftlichen Tätigkeit kein Gebiet abgekommen; im Gegenteil, diese haben ihr verschiedene Gebiete überwiesen. Das ist in großen Zügen der Verlauf der Ausprache. Schließlich wurde der Antrag des Vorstandes mit allen gegen 8 Stimmen angenommen...

Nach einem Vortrag des Direktors Dr. Müller beschloß die Kammer, die derzeitigen von Banken entnommenen vorübergehenden Anleihen, soweit es zweckmäßig erscheint, durch langfristige Anleihen zu ersetzen...

Eine längere Ausprache über den Antrag des Vorstandes zum Hauptantragsvoranschlag für 1920 aus; der Antrag, der einstimmig angenommen wurde, lautet: „Die Badische Landwirtschaftskammer legt Verwahrung dagegen ein, daß nach dem Entwurf des Staatsvoranschlages für das Jahr 1920 für die Förderung der Landwirtschaft der Landwirtschaftskammer feinerlei Staatsmittel mehr zur Verfügung gestellt werden.“

Der Antrag des Vorstandes über die Zusammenziehung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates blieb beim Zentrum auf Widerstand und fiel mit 14 gegen 13 Stimmen unter den Tisch. Die übrig gebliebene Hälfte lautet: „Die Landwirtschaftskammer erklärt, daß die Landwirtschaft in den zu erledigenden vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in welchem unter 236 Vertretern nur 68 auf die Landwirtschaft entfallen sollen, keineswegs der Bedeutung des landwirtschaftlichen Berufsstandes im Reich und besonders der großen Wichtigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung für unsere Volksernährung für die Zukunft entspricht.“

Der Antrag des Vorstandes über die Zusammenziehung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates blieb beim Zentrum auf Widerstand und fiel mit 14 gegen 13 Stimmen unter den Tisch. Die übrig gebliebene Hälfte lautet: „Die Landwirtschaftskammer erklärt, daß die Landwirtschaft in den zu erledigenden vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in welchem unter 236 Vertretern nur 68 auf die Landwirtschaft entfallen sollen, keineswegs der Bedeutung des landwirtschaftlichen Berufsstandes im Reich und besonders der großen Wichtigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung für unsere Volksernährung für die Zukunft entspricht.“

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Die Fleischversorgung.

Der Vorsitzende des Bezirksvereins Baden-Pfalz im Deutschen Fleischerverbande, Heinrich Koch, schreibt über diese Frage:

Im Reichswirtschaftsministerium ist ein Entwurf zur reichsgesetzlichen Regelung der Fleischversorgung ausgearbeitet worden. Er zerfällt in drei Teile. Der erste Teil behandelt die Organisation der Produzenten, der zweite Teil betrifft die Organisation des Handels und der dritte Teil befaßt sich mit der Regelung des Ein- und Verkaufs durch die Metzgerorganisationen.

Das Ganze bedeutet die Beibehaltung oder Verewigung der Zwangswirtschaft. Wie man angesichts des Zusammenbruchs der Fleischversorgung unter der Zwangswirtschaft ihre dauernde Beibehaltung zu erstreben sucht, bleibt ein Rätsel. Man kann sich in Fachkreisen der Auffassung nicht verschließen, daß nicht die Absicht einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fleischwaren der leitende Gesichtspunkt bei Abfassung des Entwurfs gewesen ist, sondern daß Absichten parteipolitischer Natur es sind, die auf diesem Umwege die Sozialisierung der gesamten Produktion und Konsumtion in der Fleischversorgung zu erreichen hoffen.

Die Ueberweisung des Schlachtviehes durch den Handel an die Metzgervereinigungen hat nur insofern und so lange eine innere Berechtigung, als die Rationierung weiter bestehen soll, und die Abgrenzung in Liefer- und Bedarfsbezirke aufrecht erhalten werden muß.

Was die Organisation des Metzgergewerbes anbelangt, so hat sie allenthalben Einrichtungen getroffen, die eine rationelle Verwertung aller Nebenprodukte gewährleisten, und die auszubauen und zu vervollkommen im Interesse des Gewerbes gelegen ist und auch nach jeder Richtung hin weiter gefördert werden wird.

Einmütig müssen alle Kreise, vom Produzenten bis zum Konsumenten, zusammenstehen, um die durch die geplanten Maßnahmen unserem Volke zugeachte Verschlechterung in seiner Ernährung vor ihm fernzuhalten und den Gesetzmachern zuzurufen: „Haltet ein!“

Hierzu äußert sich die Freie Metzger-Innung Karlsruhe wie folgt: Die Kochschen Ausführungen können nur dick unterstrichen werden. Die Uebergesetzgebung in unserer heutigen Ernährungswirtschaft erstreckt alle Fingigkeit und Strebsamkeit und jede Konkurrenz und jeden freien Wettbewerb.

Zur Gesundung hat unser schwer geprüft Volk vor allem die Sicherstellung der Ernährung notwendig. Insbesondere bedarf es jetzt zur Aufrechterhaltung der Fleischversorgung durchgreifender Maßnahmen. Durch Aufhebung der Zwangswirtschaft für einzelne Viehhaltungen könnten dem Verbraucher diese Fleischmengen durch Rationierung zugeführt werden, die bisher durch Schwarzschlachtungen und Schleichhandel zu übermäßigem Preise an gewisse Kreise verkauft wurden.

Ganz besonders erbitternd wirkt hier die Zeitungsmeldung, daß in Berlin aus Dänemark eingeführte Schlachtrinder auf Vorrat eingeforen werden, während wir hier dem größten Mangel an Fleisch ausgesetzt sind.

Die Bestrebungen unserer Kommunalverbände um Einfuhr-Bewilligung von Auslandsfleisch usw. wurden bis jetzt in Berlin immer abschlägig beschieden. Diese Tatsachen müssen der Öffentlichkeit übergeben werden, um die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Behörden zu erregen.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

W. Berlin, 28. April. Gegenüber der gestrigen Ermattung zeigte die Börse infolge von Rückkäufen und Deckungen eine überwiegend kräftige Erholung, die auch, was Valutawerte anlangt, auf die festeren Auslandspreise trotz der vom Ausland gemeldeten besseren Marktkurse zurückzuführen waren.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for date (27. April, 28. April) and various stock prices (e.g., Schantung, R. Straßburg, Lombard, etc.).

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 28. April. Bei geringem Geschäft nahm die Börse einen ruhigen Verlauf. In Auslandspapieren war die Stimmung anfangs lebhafter und fest, da die Mark in der Schweiz niedriger gemeldet wurde.

Vom Devisenmarkt.

Table showing exchange rates for various locations (Antwerpen-Brüssel, Holland, London, Paris, etc.) for 27. April and 28. April.

w. Berlin, 28. April.

Table showing exchange rates for various locations (Antwerpen-Brüssel, Amsterdam, Christiania, Kopenhagen, etc.) for 27. April and 28. April.

w. Zürich, 28. April.

Table showing exchange rates for various locations (Deutschland, Wien, Prag, Holland, Newyork, London, Paris, Buenos Aires) for 27. April and 28. April.

Anordnung.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betr. Mit Zustimmung des Reichsrats, soweit keine...

II. Auf Grund des § 105b Abs. 2 Gem.-Ordnung in der Fassung der Verordnung der Reichsregierung vom 5. Februar 1919...

III. Für das Expeditionsgewerbe wird auf Grund des § 105b Abs. 2 der Verordnung der Reichsregierung vom 5. Februar 1919...

IV. Auf Grund des § 105a Gem.-Ordnung darf an Sonn- und Festtagen eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern...

V. Auf Grund des § 105a Abs. 2 Gem.-Ordnung wird der Gewerbebetrieb der in § 42b Gem.-Ordnung bezeichneten Personen an Sonn- und Festtagen...

VI. Zumberechtigungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden nach § 146a Gem.-Ordn. mit Geldstrafe bis zu 600 M. im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

Karlsruhe, den 20. April 1920. Vd. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Karlsruhe, den 20. April 1920. Vd. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Karlsruhe, den 24. April 1920. Vd. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Karlsruhe, den 24. April 1920. Vd. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Karlsruhe, den 24. April 1920. Vd. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Karlsruhe, den 24. April 1920. Vd. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Karlsruhe, den 24. April 1920. Vd. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Karlsruhe, den 24. April 1920. Vd. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Ortskrankenkassen Karlsruhe.

In Vollzug der Verordnung der Reichsregierung über Berechnung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung vom 1. April ds. Js. treten durch die Beschlässe der...

Table with columns for Krankenkasse, Lohnstufe, Grundlohn, and Krankheitsbeitrag. It details the financial structure of local health insurance funds.

Table with columns for Krankengeld, Hausgeld, and Wochengeld. It lists the various types of benefits provided by the health insurance funds.

Indem wir dies zur Kenntnis der beteiligten Kreise bringen, weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß als Unterlage für die obige Berechnung der Lohnstufen genaue Angaben über die derzeitigen Lohn- bzw. Gehaltsbezüge...

Karlsruhe, den 26. April 1920. Die Kassenvorsitzenden: Vd. Hof, Dr. Heinsheimer, Dr. Gartner, Dr. Giesche.

Maul- und Klauenheide betr. In der Gemeinde Weismannsdorf, Amt Karlsruhe, ist die Maul- und Klauenheide erloschen...

Geschäftsruhe am 1. Mai 1920. Am Samstag, den 1. Mai sind des Beierlaags wegen die Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien und Metzgereien geschlossen.

Fleischverteilung. In der laufenden Woche werden verteilt: 125 kg Fleisch gegen 100 Fleischmarken.

Die Städtische Sparkasse Duellach hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgelegt: Samstag 8-1/2 Uhr an den übrigen Wochentagen...

Fahrnis-Versteigerung. Freitag, den 30. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, werden im Auftrag wegen Bezug von vier Welpenbische 4, parterre...

Ed. Koch, Ortsrichter a. D. Kullentstraße 2a.

Einladung. Die Aktionäre werden unter Hinweis auf § 17 der Statuten zur 32. ordentlichen Generalversammlung...

Wohn- und Schlafzimmer. Ich habe ein weiteres gutes Zimmer von tadellosem Ehepaar mit Kücheneinrichtung sofort gesucht...

Der Mann, der die Stadt plünderte.

Roman von Sven Elvestad.

(13) (Nachdruck verboten.)

Nach einer halben Stunde kam Asbjörn Krag wieder ins Raucherzimmer. Er war im Ueberzieher.

Die Herren strömten um ihn zusammen, um nähere Mitteilungen zu erhalten. Er nahm die Uhr vor. Es war bereits halb zwölf.

„Ich habe noch drei Minuten zur Verfügung,“ sagte er. „In dieser kurzen Zeit kann ich Ihnen folgendes erzählen, was ich nun festgestellt habe:“

„Der Dieb ist, nach allem zu urteilen, ein Mann, der in der guten Gesellschaft zu Hause ist. So habe ich allen Grund zu glauben, daß er mehrmals der Gast meines Freundes, des Konjuls, gewesen ist.“

Er muß ein belehener, gebildeter Mann sein. Er ist Norweger.

Wahrscheinlich ist er kein gewerbmäßiger Verbrecher, sondern ein Mensch, der aus irgendeinem Grund, den ich nicht kenne, auf die Verbrechertat beschränkt worden ist.

Von früher wußte er, daß heute bei Birger gepokert werden würde. Und er wußte auch, daß die Gesellschaft bei dieser Gelegenheit im Besitz von beträchtlichen Barvermögen war und darum ein glänzendes Operationsfeld für einen vernünftigen Raubdarb bot.

einem Boten an Jean, den alten Diener. Er ließ sagen, der Konjul selbst wolle mit Jean wegen der Gesellschaft sprechen.

Der Diener wurde im Automobil abgeholt, in ein Haus am Parkweg gebracht und dort bewacht, sobald man ihn in einem Zimmer in diesem Hause hatte.

Natürlich hatte der Verbrecher dieses Zimmer — es war ein Pensionatszimmer — für ganz kurze Zeit gemietet. Man wird dort vergebens nach einer Spur suchen.

In dem Zimmer wurde der Diener von zwei Gehilfen des Verbrechers festgehalten, während der Dieb selbst sich verkleidete und hier bei der Gesellschaft als Jean auftrat.

Dieser falsche Jean erhielt den Befehl, alle Türen zu verschließen. Selbstverständlich hat er das getan, aber er hat auch dafür gesorgt, sich selbst und die Dente in Sicherheit zu bringen.

Erst vor einer halben Stunde ist Jean dann losgelassen worden, der wirkliche Jean. Das ist mir unangenehm, daß ich mich habe hinter die Fühler lassen. Aber ich bin dankbar für allerlei: erstens, daß ich, was selten genug vorkommt, Gelegenheit gehabt habe, mich mit einem wirklich fähigen, verschlagenen und humorvollen Dieb zu treffen.

Und zweitens dafür, daß dieser Fall mir endlich einige Anhaltspunkte gebracht hat, die mich hoffentlich früher oder später zu einem Resultat gelangen lassen.“

Krag wollte sich eben verabschieden, da wurde wieder gemeldet: „Telephon an den Herrn Detektiv. Von der Kriminalpolizei.“

Als Krag sich nach einer Weile wieder einsand, sagte er mit leichtem Lächeln: „Meine Herren, ich glaube, unser geheimnisvoller Freund hat beschlossen, ganz Christiania zu plündern. Nun hat er auch den Chef der Kriminalpolizei bestochen.“

Nach den Worten des Detektivs trat zuerst Schweigen ein. Dann hörte man schallendes Gelächter. Es war, als machte sich die gespannte Stimmung Luft in diesem Heiterkeitsausbruch.

Der Polizeichef selber brach aus: „Du großer Gott! Man lachte unaussprechlich, einige ähzten die Bitte nach näheren Mitteilungen hervor, aber Krag winkte ab und verschwand.“

III. In der nächsten Straßenecke kaperte er ein Automobil und fuhr mit Schnellzugsgeschwindigkeit zum Polizeibureau.

Er hatte erwartet, daß die ganze Polizeimannschaft in Bewegung sein würde wegen des ungewöhnlichen Diebstahls, aber alles war ruhig. Er fragte, ob der Polizeichef zugegen sei. Niemand wußte es genau. Aber er wurde in sein Zimmer geführt. Da saß der Chef an dem großen Schreibtisch.

Er telephonierte, als Krag hereinkam, und wies auf einen Stuhl hin; Krag setzte sich. Auf diese Weise führte er die letzten Worte des Polizeichefs.

„Das Ganze,“ sagte der Polizeichef, „ja gewiss, alles, aber sprich nicht darüber! Ist es ein Scherz, so bekommen wir's wohl wieder, und ist es ein wirklicher Diebstahl, dann auch.“

Er klingelte ab und ging schnell zu Asbjörn Krag hin: „Gut, daß Sie so bald gekommen sind! So etwas ist mir noch nicht vorgekommen. Stellen Sie sich vor: man hat mir ungefähr alles gestohlen, was ich besitze und habe!“

Der Detektiv blinzelte erstaunt auf. „Ich will Ihnen den Zusammenhang erzählen,“ fuhr der Chef fort. „Ich habe eben an meine Frau telephoniert, und sie ist auch verstimmt über Ueberraschung. Ich habe sie gebeten, den Mund zu halten, und das ist von Wichtigkeit. Vorläufig sind Sie und ich hier in der Abteilung

die einzigen, die etwas davon wissen. Das wäre ja eine nette Geschichte, wenn es herauskäme, daß der Polizeichef selber ausgeplündert worden ist, während er auf der Suche nach dem mysteriösen Dieb war.“

„Glauben Sie denn wirklich, daß es wieder derselbe war?“

„Ja.“

„Haben Sie einen Beweis dafür?“

„Ja, einen unüberleglichen. Seine eigene Erklärung.“

„Na, das verspricht aufsehererregend zu werden,“ murmelte Krag, während er sich aufschickte, den Leberzieher abzugeben.

Aber der Chef hinderte ihn daran. „Wir bleiben nicht lange hier!“ sagte er. „Ich habe nur ein paar Befehle zu geben. Sind Sie im Auto gekommen?“

„Ja, es wartet.“

„Gut, dann kann ich Ihnen das Ganze im Wagen erzählen.“

Der Polizeichef erteilte den Wachhabenden einige Anweisungen; sagte, er werde in einer Stunde wiederkommen, und verließ dann das Bureau zusammen mit Asbjörn Krag.

Zum Chauffeur sagte er: „Björg-Alle Nr. 44.“

Asbjörn Krag schien überausst. „Ist's nach Ihrer Wohnung?“ fragte er, als sie saßen. „Meiner früheren Wohnung,“ verbesserte der Polizeichef. „Ich verstehe nicht recht. Sind Sie denn ungezogen?“

„Nein, aber meine Wohnung ist mir gestohlen worden.“

Der Polizeichef sagte das ganz ernst, ohne eine Miene zu verziehen, und Asbjörn Krag's Gesicht starrte stumm.

Aufgebotserfahren.

Der Professor Ludwig Bauer hier, Karlsruhe, hat den Antrag gestellt, sein abgandenes getames meeres Schwimmbad...

Der Anhaber des genannten Bades wird hiermit angefordert, folgendes binnen eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzutreten...

Zu vermieten. 1 möbliertes 2 Zimmer-Wohnung in Baden-Baden zu vermieten auf sofort. Näheres...

Wohnungsausschreibung. Wohnungsausschreibung für ein 6-8 Zimmerwohnhaus zu verkaufen. Näheres...

Miet-Gesuche. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

Zimmer. 150-250 qm groß, für Veranlassung eines Geschäftes zu mieten auf Anbebot unter Nr. 314 ins Stadtbüro erbeten.

REGISTRATUREN, KARTENREGISTER
Eugen Langer
 I. H. ARNOLD LANGER
KARLSRUHE/B.
 AM MÜHLBURGER TOR - D. - TELEFON 5269

Alle
Friseurgeschäfte

bleiben am 1. Mai geschlossen, sind dafür am
Sonntag, den 2. Mai
 von 8 bis 11 Uhr, vormittags, geöffnet.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß ab 1. Mai ein Preisaufschlag für unsere Arbeitsleistungen in Kraft tritt.

Der Innungsvorstand.

B. Klotter Nachf., Inh. G. Dischinger
 Sattlerwarenfabrikation und -Handlung

Kronenstr. 25 Karlsruhe i. B. Telefon 2618
 empfiehlt in großer Auswahl:
 Reise- und Handkoffer, Handtaschen, Schulranzen, Aktenmappen, Briefmappen u. Geldscheintaschen, Portemonnaies, Zigarrenetuis u. Gummihosenträger.
Rucksäcke und sonstige Lederwaren.

Haar-Älneren
 werden barthaarig gemacht. Entf. in 15 Min. Kaiserstraße 34. Baden.

Elektrische Bügeleisen
Wasserdichter Heizplatten.
 Grund & Dehmichen, Waldstraße 26.

Tabak schneidmaschinen
 für den Hausgebrauch mit Garantie für Schnitt und prima Stahlmesser. Stück 88 Mark. **W. H. G. Karlsruher, Körnerstr. 31 II.**

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Die Auszahlung der Dividende erfolgt am **Freitag, den 30. April**, vorm. von 7-12 Uhr und nachmittags von 1-4 Uhr, für die Nummern der neuen Kartenbücher von 12001-13000 an unserer Kasse, **Moosstraße 28**, gegen Vorlegung des neuen Kartenbuchs. Es wird dringend gebeten, **Beleggeld** mitzubringen.

Zu den Abendkursen in
Stenographie

A) Montag u. Donnerstag
 B) Dienstag u. Freitag
 C) Mittwoch u. Samstag
 können, da der regelmäßige Unterricht erst nach Eintr. d. best. Lehrbücher beginnt. Anmeldungen noch jeweils abends 7 Uhr in der Oberrealschule, Zimmer 24, 2. Stock, erfolgen. Zu den Diktierstunden für Stenographen all. Systeme (abends 7, 9-10 Uhr) ist Eintritt jederzeit gestattet.
Otto Autenrieth,
 Durlach i. B., Privatlehrer und Schriftsteller, staatlich geprüfter Lehrer der Stenographie.

Grüner

Sonnenbräunung, Rollen und Rollen
 befindet man schnell, sicher und kämmerlos mit **Kukirol**. In vielen Tausend Fällen glänzend bewährt. **Kukirol** ist in Apotheken und Drogerien zum Preise von **12,-** erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes anreden, es gibt nichts Besseres. **Carrollianer, Keesels, Niebels**
 Soeben neu erschienen:
Der praktische Schuh- und Schäftemacher
 2. verbesserte u. erweiterte Auflage. Mit 74 lehrreichen Abbildungen.
 Preis 4 21,- franco Nachnahme.
H. Gruber, Versandbuchhandlung
 Reutlingen 34.

Kragen

-Wäscherei Schorpp
 liefert schnellstens
Stärke-Wäsche
 Annahme-Stellen:
 Karlsruhe:
 Ludwig-Wilhelmstr. 5.
 Kaiserstr. 34, 243.
 Gerwigstr. 46.
 Amalienstr. 15.
 Waldstr. 64.
 Wilhelmstr. 32.
 Augustastr. 13.
 Schillerstr. 18.
 Kaiserallee 37.
 Gabelsbergerstr. 1.
 Rheinstr. 18.
 Durlach:
 Hauptstr. 15.

Für die aus dem Vereinsvorstande ausscheidenden Mitglieder findet die

Ergänzungswahl

von Sonntag, den 2. Mai bis einschließlich Sonnabend, den 29. Mai d. J., statt.
 Die verehrlichen Mitglieder werden gebeten, im Laufe dieser Zeit die Wahl nach § 7 der Satzung vornehmen zu wollen.
 Der Vorstand.

Ortsgruppe R. D. B. Karlsruhe.

Donnerstag, den 29. April 1920, abends 7 1/2 Uhr
Vollversammlung
 in der Alten Brauerei Bischof, Herrenstraße.
 Der Vorstand.

Buchenmeiler-Holz Kohlen

waggonweise und im Kleinen fortlaufend erhältlich bei
M. Stromeyer, Lagerhaus-Gesellschaft,
 Karlsruhe-Rheinhafen. Telefon 906 u. 907.

Abendkurse Stenographie

Wir beginnen wieder mit einem **Anfängerkurs für Damen und Herren**
 in Stenographie nach Gabelsberger
 Ferner empfehlen wir unsere Abendkurse in **Schönschreiben, Rundschrift, Buchführung** (einfache, doppelte, amerik. kaufmännisches Rechnen), **Korrespondenz, Wechsel- und Scheckkunde, Sprachen** etc.
 Privat-Handelslehreanstalt u. Töchterhandelschule **„Merkur“**
 Karlsruhe, **Karlstraße 13**, nächst dem Moninger. - Telefon 2018.

Schirmreparaturen

aller Art werden schnell, fachmännisch u. billig angefertigt bei
W. Krefschmar Nachfolger,
 Hofschirmfabrik,
 Karlsruhe, Kaiserstraße 82 a, Kammerjäger

Keine Wanze mehr. Berg's Radikalmittel „Nicoaal“. Erfolg verblüffend. - Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpack Mk. 4.50. Verkauf bei Drogerie O. Fischer, Karlstraße 74, Drogerie R. W. Lang, Kaiserstraße 24. Bitte ausdrücklich nur Nicoaal zu verlangen!

J. Sitzlers Möbelspedition und Lagerraum
 befindet sich **Augartenstr. 58, Karlsruhe**
 Telefon 1356
 und empfiehlt sich gleichzeitig für Umzüge in Stadt und Land.

Für Feld, Haus und Garten.

Kleingärtnerei.
 Sorgt für Dünger! Die Frage der Kleingärten ist eine Düngerfrage. Diese Gärten können nur dann den erhofften Ertrag bringen, wenn die ausgegogenen Stoffe durch Dünger ersetzt werden. Wäre nun genug Dünger zu kaufen, so wäre die Frage schnell geregelt, der nötige Dünger würde trotz der hohen Preise gekauft werden. Er lohnt sich, da heute auch die Gartenprodukte ungeheurer im Werte gestiegen sind. Aber die Dünger sind auch für viel Geld im Handel kaum zu haben. So muß man sich auf andere Weise zu helfen suchen. Der Kleingärtner muß sich seinen Dünger selbst herstellen, indem er sich einen Komposthaufen anlegt und diesem jeden Dünger zuführt, den er erhalten kann. Zunächst durchwandere er mal seine Nachbarschaft und Bekanntschaft, wenn auch nur in Gedanken und sehr nach, wer Kaninchen, Ziegen oder Tauben, aber keinen Garten hat. Findet er solche Dünger, so wird es ihm leicht möglich sein, den Düng dieser Kleingärtner zu erwerben. Ich sage ausdrücklich erwerben, d. h. kaufen, denn umsonst kann man heute nichts mehr verlangen. Den erhaltenen Dünger aber bringe man auf den Komposthaufen und bedeck ihn leicht mit Laub und Erde zu. Auch gebe man etwas Kalk dazu, der den Dünger schnell auflöst und mürbe macht. (Wer selbst Kaninchen oder Hühner halten kann, wird es heute sehr tun, dann erhält er außer Fleisch und Eiern so den besten und billigsten Dünger, den er sich wünschen kann.) Von Handelsdüngern kaufe er sich wenigstens einen Sad Kalk, den er teilweise auf den Komposthaufen bringen, teilweise frisch eingeben kann.

der Bedel ist mit einem silbergrauen Ueberzuge versehen, und auch die Unterseite trägt einen weichen Flaum. Diese Einrichtungen hindern die starke Verdunstung. Die Bedel erscheinen in großer Zahl. *Aspidium falcatum* mit einmal gefiederten Bedeln ist durch die leberartige Beschaffenheit seiner großen Fiedern gegen übermäßigen Wasserverlust geschützt. Die Fiedern sind fächerförmig. Als Heimat dieses Farnes wird China genannt, auch in Japan ist er anzutreffen. *Polypodium glaucum* und *Polypodium aureum* verdienen bei dieser Gelegenheit ebenfalls genannt zu werden. Ersterer ist niedriger, als der zweite, im Wuchs dafür buschiger und deshalb dem Letzteren auch vorzuziehen. Die dicken, kriechenden Rhizome sind gelbbraun behaart. Die Bedel beider Arten sind tief gebuchtet und von schöner blaugrüner Farbe, die bei *Polypodium glaucum* am intensivsten ist. Für die Kultur sind flache Töpfe oder Schalen dem Töpfen vorzuziehen. Merkwürdigerweise findet man die genannten Farne recht wenig bei den Pflanzenfreunden, während weniger haltbare Arten immer anzutreffen sind. Wer sich diese Farne für seinen Blumentisch zulegen will, der vergewissere sich beim Kauf, daß die Pflanzen im Kalthause gezogen wurden, sonst wird die Freude daran nicht lange anhalten.

Biehzucht.
 Der ansteckende Scheidentarrh beim Schwein. Bis vor kurzem glaubte man, daß der ansteckende Scheidentarrh ausschließlich beim Rindergeschlecht vorkomme. Jetzt scheint es aber festzustehen, daß diese Infektionskrankheit gar nicht so selten beim Schwein vorkommt. Der Schaden für die Viehzüchter und für das gesamte Nationalvermögen wäre unbeschreiblich, wenn die Seuche sich in den Schweinebeständen ebenso wie bei den Rindern verbreiten würde. Die Gefahr ist nun so groß, als die ersten Anzeichen der Krankheit dem Laien unmerklich sind, und vielleicht auch die schädlichen Folgen zunächst anderen Ursachen zugeschrieben werden, das Leiden also monatelang bestanden haben kann, ehe tierärztliche Hilfe geholt wird. Die Schweinezüchter, die Unregelmäßigkeiten bei ihren Tieren beobachten, sollten die Schweine schnellmöglich vom Tierarzt untersuchen lassen, um sich vor zu großem Schaden zu schützen.

Haushirtschaft.
 Farne für das Zimmer. Unter den Tausenden von Farnarten gibt es eine große Zahl, die sich im Zimmer erfolgreich pflanzen lassen. Allein ihre Haltbarkeit ist hier doch mehr oder weniger beschränkt, da man ihnen zumeist nicht die nötige Luftfeuchtigkeit zukommen lassen kann. So erklärt sich auch das baldige Eingehen so vieler, selbst härtester Farnarten im Zimmer. Zu den wenigen, die von dieser Regel eine Ausnahme machen, gehört *Nepytichum viviparum* mit langen, schmalen, ungeteilten Bedeln. Die starke Wellung der Bedelstange sorgt dafür, daß dieser Farn nicht eintönig wirkt. Die dunkelgrüne Oberseite

Die Scholle

Ratgeber für Haus, Landwirtschaft und Kleingärtnerei
 Beilage zum „Karlsruher Tagblatt“

2. Jahrgang Nummer 17 29. April 1920

Die stickstoffhaltigen Düngemittel.

Der Stickstoff ist der wichtigste Nährstoff für unsere angebauten Pflanzen; er ist der Hauptbestandteil des Grundgebildes der Pflanze, ohne diesen ist das Leben, Wachsen und die Vermehrung unmöglich. Trotzdem die Luft zum größten Teil aus Stickstoff besteht, vermögen unsere Kulturpflanzen sich diesen nicht anzueignen, sondern sie sind auf den Reichtum des Bodens an Stickstoff angewiesen. Aber gerade der Stickstoff ist im Boden meistens nicht genügend vorhanden und er ist jener Stoff, der am leichtesten und schnellsten aus dem Boden entweicht, da er in der Luft oder mit dem Wasser aus dem Bereich der Pflanzenwurzeln entflücht. Wir sind daher genötigt, unsere Felder reichlich mit stickstoffhaltigen Düngemitteln zu versorgen, denn der Stickstoff, die Jauche und was sonst zur Kräftigung der Felder aus der eigenen Wirtschaft entnommen wird, reichen nicht aus, um den Bedarf der Pflanzen an Stickstoff zu decken. Bringen wir doch mit 200 Doppelzentnern oder 16-20 Fudern Stallmist erst bestenfalls 80 Kilogr. Stickstoff auf den Acker, der nun für einige Jahre vorhalten soll, während schon eine Kartoffelernte von 200 Doppelzentnern Knollen und 50 Doppelzentnern Kraut dem Boden 75 Kilogr. Stickstoff entzieht, oder eine Roggenernte von 20 Doppelzentnern Korn und der doppelten Menge Stroh 62 Kilogr. Stickstoff. Die im Stallmist in den Boden gebrachten Stickstoffmengen kommen aber den Pflanzen nur zum kleinsten Teile zu gute. Also reicht selbst eine kräftige Düngung nicht aus, um eine gute Ernte zu erzielen, oftmals noch nicht einmal für das erste Jahr, bestimmt nicht für die folgenden.

Es sind daher Stickdüngemittel nötig, die den Pflanzen den nötigen Stickstoff liefern. Leider sind nun gerade die Stickstoffdüngemittel die teuersten und auch ihr Stickstoff geht nutzlos verloren, wenn er nicht bald von den Pflanzenwurzeln aufgenommen wird. Auf eine Nachwirkung bei der folgenden Frucht soll man nicht rechnen, wenn auch die Möglichkeit nicht immer ausgeschlossen ist. Andererseits hat man es durch eine richtige Stickstoffdüngung in der Hand, die Erträge zu steigern, das Wachstum zu fördern. Die Pflanzen werden nach einer Stickstoffdüngung üppiger und erwiecklicher, was für die Fütterung sehr erwünscht ist, allerdings beim Bau von Braugeräte vermieden werden muß.

Der älteste Stickstoffdünger ist der Guano, der Vogeldung, den der große Reisende Alexander von Humboldt schon im Jahre 1802 auf den Inseln des Stillen Ozeans kennen lernte. In den Handel kam der Dünger aber erst 30 Jahre später, und war schon nach 20 Jahren abgebaut.

Trotzdem der Stickstoff leicht löslich ist und der Guano keine schädlichen Stoffe enthält, ja sogar dem Stallmist in vieler Weise in bezug auf die gute Wirkung sehr nahe kommt, so wird doch der Guano nur noch wenig angewandt. Er ist zu teuer. Bei wertvollen Kulturen und wo die Qualität der Frucht beachtet wird, wie z. B. bei Speisekartoffeln und Gemüse, ist der Guano wohl am Platze. Auf Mittelböden ist der Guano am wirksamsten, während er für schwere und leichte Böden und solche mit tauender Masse nicht in Frage kommt.

Auch das Knochenmehl wird heute als Stickstoffdünger nur noch wenig geachtet, es kam ungefähr um dieselbe Zeit wie der Guano in den Handel. Wenn auch die Entzuckerung der Knochen in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, so ist doch an dem Knochenmehl die ungleiche Beschaffenheit, was wohl auf das verschiedenartige Rohmaterial zurückzuführen ist, die mangelhafte Stickstoffwirkung und dabei der hohe Preis zu tadeln. Es gibt

